



Evangelische Verantwortung

April 1988

Überlegungen zu einer „Ethik der Sozialen Marktwirtschaft“

Eberhard Amelung

Die Ethik ist wieder gefragt in diesen Tagen; Individual- und Sozialethiker haben Konjunktur. Sie werden als Experten gefordert, und ihre Meinungen zur Entwicklung von einzelnen Sachkomplexen werden eingeholt.



Ludwig Erhard:
„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln“. 11. 5. 1965

Das Phänomen ist sicherlich ambivalent. Einerseits haben Wissenschaft und Technik die moderne Industriegesellschaft mit hoher Geschwindigkeit in eine Phase gebracht, in der Mensch und Natur immer neuen Manipulationen unterworfen sind. Andererseits haben insbesondere die Naturwissenschaftler im Rahmen ihres Wissenschaftsverständnisses und haben die Techniker im Rahmen ihres Selbstverständnisses die Autonomie ihrer Arbeitsgebiete zunächst gegenüber kirchlicher und staatlicher Heteronomie erkämpft und in der Folge immer wieder unter dem Aspekt der Sachkompetenz begründet. Mitreden sollte nur derjenige, der etwas von der Sache versteht. Heute werden Ethiker, Politiker und Juristen zum Mitreden wenn auch nicht unbedingt eingeladen, so aber doch zum Dialog zugelassen.

Auch wenn Ethiker, Politiker und Juristen die Probleme und die neuen Dimensionen der Entwicklungen noch verstehen können – ganz wird es nie der Fall sein –, sie sind aber nie in der Situation dessen, der entscheidet. Es bleibt hier eine Spannung zwischen der Sachkompetenz der Wissenschaftler und Techniker und ihrer Entscheidungsmacht einerseits und der Sachkompetenz der Ethiker, Politiker und Juristen im Blick auf dieselbe Sache andererseits. Seit den Tagen des Werturteilsstreits am Beginn des Jahrhunderts wird eine ähnliche Spannung in den Sozialwissenschaften diskutiert. Sie ist in dem Thema „Ethik der Sozialen Marktwirtschaft“ aufgehoben. Sie bezieht sich auf die Frage nach dem Charakter des Ethischen im Blick auf eine bestimmte Politik oder nach der Abgrenzung zwischen der Ethik und der Sachgemäßheit einer politischen Entscheidung, wie sie in der Wirtschaftspolitik erwartet wird. Das Problem ist in

der CDU und besonders im Evangelischen Arbeitskreis immer dann in etwas veränderter Form angesprochen worden, wenn man die Bedeutung des „Christlichen“ für die Politik erörterte. Die Frage nach der Beziehung zwischen dem Ethischen und dem Sachgemäßen soll im folgenden erörtert werden. Dazu zunächst zwei Beschreibungen der Begriffe „Ethik“ und „Soziale Marktwirtschaft“.

Ethik

Ethik ist ein sprachliches Phänomen, d. h. es ist ein System von Begründungszusammenhängen von Handlungsabläufen. Dabei versucht die ethische Reflexion weniger die Frage „was müssen wir tun“ als die Frage „warum sollen wir dieses und nicht jenes tun“ zu beantworten. Warum sollen wir diesen und nicht jenen Weg gehen, warum sollen wir dieses und nicht jenes Ziel verfolgen? Ethik reflektiert also alternative Zwecke und alternative Mittel über die in Sprache erfaßten Begründungen, seien es auf den Begriff gebrachte Motive oder Werte und Normen. Es geht um ein **System** von Begründungszusammenhängen, weil wir natürlich für das Gewicht unserer Begründungen einen kohärenten Gedankengang konstruieren wollen. Der berühmte Satz: „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern“, mag Realpolitik charakterisieren, doch kann er nicht Leitfaden ethischer Reflexion sein. Es geht um einen **Begründungszusammenhang**, weil alle Ethik das Begründen von Handlungen im Blick hat. Deshalb sind ethische Reflexionen auch rückwärts und vorwärts gewandt. Wir reflektieren ethisch, wenn wir uns rechtfertigen, und wir reflektieren ethisch, wenn wir die Handlungen von morgen planen.

Ethik hat es schließlich mit **Handlungsabläufen** zu tun, denn jede Entscheidung ist eingebettet in die Entscheidungen, die ihr vorausgingen und die Konsequenzen, die ihr folgen werden. Anders gesagt: Ethik hat es mit Trends und Tendenzen zu tun.

Christliche Ethik schließlich ist der systematische Versuch, das Handeln der Christen in kohärente Beziehung zum Handeln Gottes zu setzen, der diese Beziehung im Bundesschluß begründet und in der Offenbarung in Jesus Christus als Bewegung auf eine gemeinsame Zukunft hin interpretiert hat. Es geht darum, die innere Dynamik des Reiches Gottes zu erkennen, seine Tendenz in der Gegenwart aufzuspüren und für das eigene Handeln wesentlich werden zu lassen.

Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft stellt die erfolgreiche Ablösung der liberalen Wirtschaftskonzeption dar. Das Konzept stellt den freien Markt unter bestimmte politische Vorgaben, die für das Funktionieren des Marktes genauso wesentlich sind, wie für den sozialen Ausgleich des wirtschaftlichen Geschehens. Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf Werten wie:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
 - Wettbewerb und Solidarität,
 - Eigenverantwortung und soziale Sicherung.
- (so das „Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands“ 1978, S. 24).

Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist die Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in 40 Jahren bundesrepublikanischer Geschichte bewährt und weltweite Anerkennung gefunden.

Eine gewisse Problematik, die sich auch auf die ethische Dimension auswirkt, liegt in dem nach wie vor in der Theorie und oft auch in der Praxis ungeklärten Verhältnis von Sozialer Marktwirtschaft und Sozialpolitik. Wie ungeklärt die Dinge sind, zeigt sich gegenwärtig wohl am akutesten im Bereich der Gesundheitspolitik. Dieses Problem kann hier nicht im Detail erörtert werden, die Spannweite der Problematik soll mit Hilfe von einigen Fragen beleuchtet werden.

Ist Soziale Marktwirtschaft z. B. das Ergebnis der Kompromißfähigkeit zwischen einer Wirtschaftspolitik, die die Gesetze des Marktes schützt, und einer Sozialpolitik, die die Interessen aller im Auge hat, die im Leistungswettbewerb nicht mithalten können? Verkörpert sich die Soziale Marktwirtschaft vielleicht weniger in den Personen der jeweiligen Wirtschaftsminister als in der des Bundeskanzlers, in der die Kompromisse des Kabinetts repräsentiert sind? Ist Soziale Marktwirtschaft ein sich je und dann vollziehendes sinnvolles Erweitern oder Beschränken der Gesetze und der Bereiche des Marktes, wobei dann die Ethik nach den Kriterien dieses Beschränkens und Erweiterns zu fragen hätte?

Was bedeutet aber „die ethische Dimension der Sozialen Marktwirtschaft“? Worin steckt eigentlich das ethische Anliegen? Man könnte sagen, die Ethik reflektiert die der Wirtschaftspolitik zugrundeliegenden Werte, also die Eigentumsgarantie, das freie Unternehmertum, die Problematik des freien Marktes und die soziale Frage als Resultat wirtschaftlichen Handelns. Diese Antwort ist selbstverständlich zutreffend, erschöpft aber nicht die Problematik der angegebenen Werte, die in eine Fülle von gesellschaftlichen Beziehungen eingebettet sind. Es kommt hinzu, daß freies Unternehmertum, Konkurrenz, freier Austausch von Waren die zentralen Werte jenes Wirtschaftssystems waren, dessen Ablösung sich die Soziale Marktwirtschaft zum Ziel gesetzt hat. Die Realisierung dieser Werte hat ja gerade zu den für die Gesellschaft negativen Folgen geführt. Ist also die ethische Komponente identisch mit der sozialen Komponente? Ist Freie Marktwirtschaft an sich nicht gut, sondern wird erst gut dadurch, daß sie **Soziale** Marktwirtschaft wird? Was wird dann aber aus den Gesetzen des Marktes, deren Befolgung als wesentlich für die Effizienz der Wirtschaftspolitik angesehen wird?

Die Fragen machen deutlich, daß die ethische Dimension in eigenartiger Weise mit den anderen

Dimensionen verbunden ist. Wir versuchen, sie zu erkennen, indem wir nach dem Verhältnis von Ethik und Sachlichkeit fragen.

Ethik und Sachlichkeit in der Wirtschaftspolitik

Stellen Sie sich vor, ein Mensch steht vor einem weiten, verschneiten Feld. In der Ferne am Horizont liegt sein Ziel, aber der Weg dorthin ist zugeschnitten. Der Mensch muß sich einen Weg suchen und reflektiert deshalb über die günstigste Möglichkeit, das Feld zu überqueren. Wenn er meint, den Weg gefunden zu haben und wenn er ihn geht, hinterläßt er eine Spur, die Spur einer rational begründeten Entscheidung. Ein anderer Mensch mit demselben Ziel folgt ihm. Er steht vor der Entscheidung, ob er der Spur des ersten folgen soll oder einen neuen Weg finden will. Er versucht, die Rationalität der Spur zu erkunden. Seine Reflexion ist aber durch die vorhandene Spur bedingt. Folgt er der Spur und folgen ihm andere, entsteht ein Pfad. Das geht solange, bis eines Tages jemand meint, er habe einen besseren Weg gefunden. Er verläßt den ausgetretenen Pfad der vielen aufgrund einer bewußten Entscheidung. Die nach ihm kommen, müssen nun wieder reflektieren, welches der bessere Weg ist. Vielleicht gibt es dann für eine gewisse Zeit zwei Wege mit gleichem Anspruch, bis sich schließlich doch einer als der erweist, der bequemer ist oder schneller ans Ziel kommen läßt. Je breiter er ist, desto weniger Gewicht kommt der Entscheidung derjenigen zu, die den Weg gehen.

Versuchen wir das Bild zu deuten. Der Weg, der erst von einem, dann von mehreren und schließlich von vielen gegangen wird, symbolisiert die **Moral** einer Gesellschaft. Sie entsteht dadurch, daß viele Menschen gleiche und ähnliche Entscheidungen fällen, daß viele in ähnlicher Weise handeln, so daß schließlich die Erwartungshaltung in einer Gesellschaft oder in bestimmten Gruppen einer Gesellschaft entsteht, daß **man** so handeln müsse. Kein vernünftiger Mensch geht doch einen anderen Weg, wenn er das vorgegebene Ziel erreichen will! Aus dem Indikativ einer solchen Feststellung folgt leicht: Kein Mensch **darf** einen anderen Weg, und schließlich: Jeder Mensch **muß** diesen Weg gehen. Die Begründung für diesen Imperativ lautet dann vielleicht, daß der Staat inzwischen große Aufwendungen vorgenommen und den Weg ausgebaut habe oder daß nur auf diesem Weg die von der Gesellschaft allgemein anerkannten Ziele, z. B. soziale oder militärische Sicherheit, erreicht werden können. Es ist also moralisch, diesen Weg zu gehen, so zu handeln, wie es die Mehrzahl der Mitglieder einer Gruppe, wie es die Mehrzahl der Mitglieder einer Gesellschaft erwartet. Unmoralisch ist derjenige, der sich nicht so verhält. Da es in einer modernen Gesellschaft sehr unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich des Verhaltens der Mitglieder gibt, ist das Urteil unmoralischen Verhaltens schnell gefällt.

Wirtschaftspolitische Konzeptionen sind gewissermaßen Beschreibungen des Weges, den eine Gesellschaft geht und gehen soll, wenn sie ein bestimmtes Ziel erreichen will. Sie sind Skizzen institutionalisierter

Wirtschaftsmoral, nämlich des Verhaltens der Wirtschaftsteilnehmer und der diversen Institutionalisationen. Der Begriff der Moral ist hier weit gefaßt. Er bestimmt sich als ein „den Erwartungen der Mitglieder der Gesellschaft entsprechendes Verhalten“. Das gilt nun allerdings auch von der Kategorie des Sachgemäßen. Sie unterliegt den gleichen Bedingungen wie die Kategorie der Moral. Grundsätzlich ist die Kategorie des „Sachgemäßen“ das Ergebnis einer Übereinkunft derer, die überwiegend mit dieser Sache zu tun, sie häufig erprobt und angewandt haben.

Ethik hingegen ist die Bemühung um die Begründung eines **neuen** Weges. Um die Soziale Marktwirtschaft von der Wirtschaftspolitik des Ordo-Liberalismus abzuheben, bedurfte es und bedarf es der ethischen Reflexion, und das bedeutet: Wir haben es hier mit einem geistes- und sozialgeschichtlichen Prozeß zu tun. In der Sozialethik vollzieht sich die ethische Reflexion als dieser geistes- und sozialwissenschaftliche Prozeß, als die Suche nach dem neuen Weg. In dem Maße, in dem die Begründungen von den Fachleuten akzeptiert wurden, wurde aus der ethischen Reflexion des neuen Weges die Feststellung „sachgemäßen“ wirtschaftspolitischen Handelns. Der Weg tritt sich gewissermaßen fest. Alternativen werden nicht mehr bedacht und ihre Begründungen nicht mehr reflektiert, denn sie erscheinen abstrus, als total überholt, als nicht mehr sachgemäß. Wer sie aufbringt, gilt als Ideologe.

Es handelt sich also bei der Bestimmung des Verhältnisses von Sozialer Marktwirtschaft und Ethik um einen Prozeß, der sehr unterschiedliche Phasen durchläuft. Alfred Müller-Armack hatte diesen Prozeß im Auge, als er von der „Zweiten Phase“ der Sozialen Marktwirtschaft sprach. Er proklamierte sie – u. a. in einem großen Referat auf der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises im Jahre 1961 in Wiesbaden –, als er das Gefühl hatte, daß die Entscheidungen der Anfangsphase gewissermaßen von der Gesellschaft akzeptiert und zu wirtschaftspolitischen Selbstverständlichkeiten geworden waren. Nun ging es darum, neu zu reflektieren, neue Wege zu bedenken, die von der gesellschaftlichen Situation erfordert wurden. Inhaltlich war sein Ruf der Ruf nach einer „sozialen Umweltgestalt“.

Dieser Prozeß bedeutet: Die ethische Reflexion ist nicht immer gefragt. Sie steht in einem jeweils wechselnden Verhältnis zur Sachgemäßheit des Handelns. Es gibt Zeiten, in denen eine spezielle ethische Dimension der Wirtschaftspolitik nicht auszumachen ist, weil die der Wirtschaftspolitik zugrundeliegenden Werte allgemein akzeptiert sind und die Grundlage für das sachgemäße Verhalten bieten. Es gibt andere Zeiten, in denen sich neue Werte aus den Spannungen der Gesellschaft herauskristallisieren, die dann auch zur Sachgemäßheit der Wirtschaftspolitik in Spannung treten.

Nun kann man sich natürlich auf den Standpunkt stellen, daß es in einer komplexen Gesellschaft immer derartige Spannungen gibt, weil die Entwicklung von Wissenschaft und Technik ständig das Gehen von vielen Wegen notwendig macht. Diese Feststellung trifft natürlich zu, löst aber unser Problem nicht, weil

das grundsätzliche Verhältnis von Ethik und Sachgemäßheit damit nicht verändert wird. Die ethische Dimension verschwindet jeweils und taucht neu wieder auf. Wir benötigen eine Begrifflichkeit, die die Dynamik und damit auch die Relativität der Kategorie des „Sachgemäßen“ erfaßt. Das „Sachgemäße“ und das „Menschengerechte“ – um die Kategorien von Arthur Rich aufzunehmen – sind keine ein für allemal festliegenden Bereiche, sondern ethische Kategorien von hoher Flexibilität.

Ob der freie Markt die effizienteste Methode ist, um ein gegebenes Ziel zu erreichen, ist keine ethische, sondern eine wirtschaftswissenschaftliche Frage. Ob staatliche Maßnahmen effektiv sind, um bestimmte soziale Probleme zu lösen, ob also der Staat eingreifen kann und soll, ist eine wirtschafts- und sozialpolitische Frage. Ob ein Problem so dringend gelöst werden muß, daß der Staat mit vielleicht problematischen Mitteln eingreifen muß, ist eine ethische Frage.

Dabei sind Grenzen sehr fein. So ist der Dialog zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zunächst weithin ein wirtschaftspolitischer, insofern es um die effektivsten politischen Maßnahmen geht.

Er kann aber sehr schnell ein ethischer Dialog werden, wenn zu entscheiden ist, welche Präferenz der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Situation zugestanden werden soll und muß. Auch wenn staatliche Maßnahmen in der Vergangenheit wenig gebracht haben, so ist die Lage **jetzt** so, daß neue Wege gesucht werden müssen.

Nehmen wir zum Abschluß die Grundfrage noch einmal auf. Wie verhalten sich die soziale Dimension der Marktwirtschaft und die ethische zueinander?

Die Antwort lautet: In ihren Anfängen ist die Herausarbeitung der sozialen Dimension ohne Zweifel Ergebnis einer ethischen Reflexion. Das beweisen die Arbeiten von Rüstow, Eucken, Röpke und vor allem von Müller-Armack. In dem Maße, in dem nun die soziale Dimension zum Tragen kommt und die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik bestimmt wird, wird die sachgemäße Gestaltung der Wirtschaftspolitik. Nur an den Rändern des wirtschaftlichen Geschehens gibt es problematische Bereiche, bei deren Bearbeitung wirtschaftspolitische und ethische Grundwerte ineinandergreifen und auch im Streit miteinander liegen können.

Soziale Marktwirtschaft für die Dritte Welt?

Klaus Lefringhausen

Der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe gerät zur Entwicklungslyrik, wenn nicht auch eine Wirtschaftsordnung mit ausreichend starken Leistungsanreizen gesucht wird. Anders gesagt: Angesichts der wirtschaftlichen Not ist ein Verzicht auf Leistungsanreize millionenfach tödlich. Man wird jedoch nicht ein Ordnungsmodell, das sich in westlichen Industrieländern bewährt hat, ohne Modifikation auf die andersartige Ausgangslage der Entwicklungsländer übertragen können. Vor allem müssen die vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen gewährleisten, daß der Markt sich nicht selbst denaturiert.

Wirtschaftliche Voraussetzungen in den Entwicklungsländern

Wenn kein Kartellgesetz existiert oder wenn der Staat zu schwach oder zu korrupt ist, es durchzusetzen, dann wird aus Marktwirtschaft allzu leicht Machtwirtschaft. Wenn ferner den Arbeitnehmern Koali-

tionsfreiheit wegen angeblicher Gefahr für die Staatssicherheit vorenthalten wird, dann erleben Arbeitnehmer Marktwirtschaft aus der Perspektive von Opfern. Wenn es keinen wirksamen Schutz des Eigentums gibt, dann weichen die Subsistenzbauern vor der Macht der Großgrundbesitzer, bevölkern die Slums der ohnehin schon explosiven Ballungszentren und verstehen Marktwirtschaft eher als einen Vertrag zwischen Storch und dem Frosch, in dem beide sich Freiheit der Nahrungsmittelsuche zusichern. Wenn die europäische Subvention von Agrarexporten zum ruinösen Verdrängungswettbewerb auf den Agrarmärkten der Entwicklungsländer führt, dann kündigt dieses Marktverhalten mehr vom Recht des Stärkeren als vom Mut, Marktsignale auch gegen sich gelten zu lassen. Wenn wegen fehlender Infrastruktur Angebotsmonopole entstehen, dann wird die Einkommensverteilung unglaublich und von vulgärökonomischer Sozialkritik dem Wirtschaftssystem

angelastet, bevor es überhaupt verwirklicht ist. Wenn schließlich Entwicklungsländer die Devisen für den Schuldendienst trotz verstopfter Weltmärkte mit entsprechendem Preisverfall durch zusätzliche Exporte erwirtschaften müssen, dann stellt die Erfahrung des Ausverkaufs volkswirtschaftlicher Substanz die Frage nach dem Interessenausgleich durch den Markt anders, als es in Lehrbüchern üblich ist.

Wirtschaftspolitik der Übergänge

Man wird mit Recht einwenden, daß diese Beispiele auf wirtschaftliches Handeln am Markt vorbei hinweisen, also eher auf ein Zuwenig als auf ein Zuviel an Markt. Doch da genau liegt das Problem. Den Entwicklungsländern ist wenig mit idealtypischen Modellen, sondern mehr mit Vorschlägen geholfen, die verhindern, daß sie auf dem Weg

zur Marktwirtschaft auf halber Strecke steckenbleiben und das als Marktwirtschaft ausgeben, was ihr Zerrbild ist.

Nicht das Ziel, sondern der Weg dahin in Gestalt einer Wirtschaftspolitik der Übergänge ist gefragt. Deshalb erhält die bekenntnishafte und theorielastige Belehrung durch die Industrieländer so wenig Resonanz. Sie abstrahiert zu sehr von den ordnungspolitischen Schwierigkeiten, die zum Erscheinungsbild von Unterentwicklung gehören. Diese Erfahrung mit unvollständigen Märkten und Fehlentwicklungen aus Mangel an stützenden Rahmenbedingungen sowie die politische Nähe von Verfechtern der Marktwirtschaft zur Elite, die auch Diktaturen trägt, hat dem Ruf der Marktwirtschaft so sehr geschadet, daß manche Entwicklungsländer gegen ihr eigenes Interesse dem politischen Druck nachgeben und die ineffiziente Form von Staatswirtschaft bevorzugen.

In Entwicklungsländern erlebt man oft unglaubliches Staunen, wenn man darauf hinweist, daß die schärfste Waffe und die stärkste Gegenmacht gegen jede Art wirtschaftlicher Machtkonzentration ein gut funktionierender Wettbewerb ist. Marktwirtschaft war einst auch in Europa die große Waffe des Bürgertums gegen Feudalwirtschaft. Erst die Marktmechanismen haben entgegen der Ständewirtschaft ein leistungsgerechteres Einkommen ermöglicht. Ferner werden mit jedem Abweichen vom Marktpreis nach oben oder unten letztlich die Konsumenten wegen überhöhter Preise oder Unterversorgung bestraft. Solche wirtschaftsgeschichtlichen Erfahrungen können die Entwicklungsländer nicht machen, sofern ihnen die politische Kraft fehlt, geeignete Rahmenbedingungen gegen die Interessen derer, die die Härte anonymer Marktvorgänge umgehen wollen, innenpolitisch durchzusetzen.

Doch nicht nur markttechnische Probleme erschweren die Übertragbarkeit von Marktwirtschaft in die Dritte Welt.

Tradition als Hemmnis

Die kulturellen Voraussetzungen spielen ebenfalls eine große Rolle. Ihre Bedeutung könnte allenfalls von dem übersehen werden, der von der Kulturlosigkeit des Marktsystems ausgeht. So werden z. B. Leistungsimpulse von der Großfamilie wieder neutralisiert, wenn diese die Früchte von Sonderleistung unter sich aufteilt. Dieser Familienverbund, der gleichzeitig auch Sozialversicherung darstellt, erfüllt soziale Aufgaben, die europäischem Individualismus abgehen, erweist sich gleichzeitig aber auch als unsozial, sofern er zur Leistungsbremse wird. Ferner ist die Mobilität des Marktes dann nicht gegeben, wenn der potentielle Marktteilnehmer nur am Ort seiner Ahnen zu wohnen vermag.

Der durch die klimatischen Bedingungen gegebene kurze Zeithorizont legt außerdem eher die Mentalität des Händlers als die des Investors nahe. Schließlich führt ein auf die Großfamilie, allenfalls noch auf den Klan oder den Stamm, nicht aber auf den Staat oder die gemeinsame Volkswirtschaft bezogene Identifizierung zu Infrastrukturen, die eine Parzellierung des Marktes kaum zu überwinden vermag. Die Übertragung des Senioritätsprinzips der Großfamilie auf die industrielle Zusammenarbeit verursacht eine Verzögerung des Entwicklungsprozesses, weil die bessere Ausbildung der Jugendlichen kaum zur Geltung kommt.

Die starke Bevölkerungszunahme zehrt den Fortschritt auf und schafft durch das Überangebot auf dem Arbeitsmarkt dem einzelnen eine relativ schwache und überdies arbeitsrechtlich oft ungesicherte Position. Wegen der fehlenden finanziellen Mittel für Infrastrukturmaßnahmen bedeutet Industrialisierung in der Regel auch Steigerung des ohnehin schon unbezahlbaren Ballungsprozesses, weil eine dezentrale Standortwahl dem Investor kaum möglich ist. Eine ineffektive Bürokratie lähmt mit ihrer Korruptionsanfälligkeit und ihren schwerfälligen Entscheidungsprozessen die Entfaltung privater Initiativen. Hohe Inflationsraten hemmen

die Ansammlung von Investivkapital. Marktgrößen mit dem Charakter von Schrebergärten behindern Wachstum und fördern Exportorientierung ohne wesentliche Impulse für die Binnenmarktentwicklung. Sozialkritik wird vorschnell mit Kommunismus-Verdacht belegt und zum Thema nationaler Sicherheit gemacht.

Die Übernahme westlicher Konsummuster überfordert die Produktivkraft der Wirtschaft und entzieht ihr wichtige Investitionsmittel. Schließlich fehlen weithin die Mittel, die zur sozialpolitischen Korrektur von Marktmechanismen erforderlich wären.

Sinnvolle Antworten durch Leistungsanreize

All das spricht dafür, auf einem Wirtschaftsmodell mit starken Leistungsimpulsen zu bestehen. Doch Empfehlungen ohne die Berücksichtigung der besonderen Bedingungen, die sich noch von Land zu Land und erst recht von Kontinent zu Kontinent unterscheiden, führt oft zu Rückschlägen, die innenpolitisch kaum zu verkraften sind. Gerade junge und deshalb besonders störanfällige Demokratien müssen oft, wie die Brotrevolten aus Anlaß von IWF-Auflagen gezeigt haben, populistische Maßnahmen denen ökonomischer Rationalität vorziehen. Eine Beispielsammlung von sinnvollen Antworten der Entwicklungsländer selber auf die Unvollkommenheit von Rahmenbedingungen könnte dem Thema „Soziale Marktwirtschaft“ im Rahmen des Politdialogs sicher nachhaltigere Impulse verleihen als der Hinweis auf europäische Wirtschafts-

Aus dem Inhalt:

Überlegungen zu einer Ethik der Sozialen Marktwirtschaft	1
Soziale Marktwirtschaft für die Dritte Welt?	4
Max Webers Protestantische Wirtschafts- und Arbeitsethik: Was war? Was bleibt?	6
Unternehmer und Kirche – Versuch einer Annäherung	10
Aus unserer Arbeit	13
Leserbriefe	14

politik, die schließlich eine längere Wirtschaftsgeschichte zur Voraussetzung hat. Gerade weil wirksame Leistungsanreize zu den Schlüsselthemen der Entwicklungspolitik gehören und da ferner Marktwirtschaft nach Müller-Armack ein der Ausgestaltung harrendes Strukturprinzip ist, müßte und könnte im Dialog mit den Entwicklungsländern ein eigener, kulturell angepaßter Weg zu einem solchen Ordnungsmodell hin gesucht werden.

Den homo oeconomicus der Aufklärung vorauszusetzen, würde jedenfalls bedeuten, daß die Marktwirtschaft allzu oft als wesensfremd abgelehnt wird, bevor sie sich behaupten kann.

Differenzierte Betrachtungsweise

Es wäre ein wichtiger Beitrag zur Entwicklungs- und zur Ordnungspolitik, eine Konsultation zu diesem

Themenbereich einzuberufen, in der nicht idealtypisch diskutiert wird, sondern unter den gegebenen Bedingungen nach Schritten auf leistungsorientierte Wirtschaftspolitik hin gefragt wird.

Es wäre ferner ein Beitrag zur Glaubwürdigkeit, einmal systematisch zu ermitteln, wie durch unser eigenes Wirtschaftsverhalten das Entstehen von Marktwirtschaften in Entwicklungsländern gefördert werden kann oder auch behindert wird.

Innerhalb der Weltkonferenz der Religionen wäre auch die Befürchtung der Hochreligionen zu diskutieren, das Marktmodell würde zum Trojanischen Pferd eines quasi-religiösen Panökonomismus, der alle Lebensbereiche ökonomisieren will und zum Religionsersatz wird.

Offen ist auch die Frage des kirchlichen Entwicklungsdienstes, ob marktwirtschaftliche Versuche in der Dritten Welt armutsorientierte

Ansätze der Entwicklungshilfe stützen oder zerstören und mit welchen Maßnahmen bisherige Widersprüche aufzuheben sind. Bisherige Auseinandersetzungen darüber waren weitgehend an ideologischen Frontverläufen in Europa und weniger an tatsächlichen Fehlentwicklungen in der Dritten Welt orientiert.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der ordnungspolitische Nord-Süd-Dialog die meisten Aufgaben noch vor sich hat und daß entsprechenden Initiativen aller politischen Gruppierungen, den Dialog zu qualifizieren, ein hoher entwicklungspolitischer Stellenwert zukommt.

Anm.: Dr. Klaus Lefringhausen ist evangelischer Geschäftsführer der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung

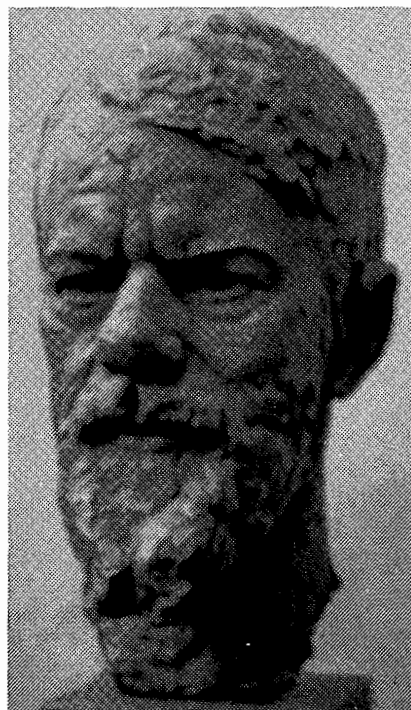
Max Webers Protestantische Wirtschafts- und Arbeitsethik: Was war? Was bleibt?

Hans-Dieter Wichter

Im Jahre 1904 veröffentlichte der damals gerade 40jährige Jurist, Soziologe und Nationalökonom Max Weber (1864 – 1920) als Professor in Heidelberg seine religionssoziologische Studie mit dem Titel „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“. Im Laufe der auf diese weltberühmt gewordene Schrift folgende sehr gegensätzliche Diskussion hat Max Weber seine Thesen in verschiedenen Arbeiten weiter entwickelt¹⁾. Damit hat er trotz aller z. T. bis heute ausgesprochenen Kritik ein religionssoziologisches und wirtschaftshistorisches Gesamtsystem geschaffen, das bis auf den heutigen Tag faszinieren kann. Wie ist dieses Stück auch der Geschichte reformierter Kirchen entstanden? Worum geht es bei diesem Lehrgebäude?

Beobachtungen im Protestantismus um 1900

Seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte sich Max Weber



Max Weber

mit dem gesellschaftlichen System nicht nur des damaligen Deutschen Reiches, sondern auch anderer Staaten anhand von Sozial- und Religionsstatistiken beschäftigt.

Dabei standen wirtschaftliche Fragen der verschiedenen sozialen Schichten im Vordergrund. So war er 1893 an der großen „Enquête zur Lage der deutschen Landarbeiter“ des Evangelisch-sozialen Kongresses maßgeblich beteiligt. Im Rahmen seiner wirtschaftswissenschaftlichen Studien beschäftigte er sich ausführlich mit dem Unternehmertum und seiner sozialen Struktur, wozu auch die Religionszugehörigkeit zählte.

¹⁾ Wer sich eingehender mit den Arbeiten Max Webers und seiner Kritiker beschäftigen will, sei auf das auch von mir benutzte Werk hingewiesen: Johannes Winkelmann (Hg.) „Max Weber. Die Protestantische Ethik.“ Eine Aufsatzsammlung. Bände I und II. 6. Auflage. Bielefeld 1981.

Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten war aufgefallen, daß sehr viele erfolgreiche Unternehmer Protestanten waren. Merkwürdigerweise überwog dabei das Element des reformierten Bekenntnisstandes. Aus den Religionsstatistiken arbeitete Weber zusätzlich heraus, daß bei den „oberen gelernten Schichten der Arbeiterschaft“, insbesondere aber beim „höheren technisch oder kaufmännisch vorgebildeten Personal der modernen Unternehmungen“ der protestantische Charakter überwog. Auch bei einer weltweiten Betrachtung fiel auf, daß die kapital-, d. h. die maschinen- und anlagenintensive Industrialisierung dort ihren Ausgang und ihre stürmischste Entwicklung nahm, wo ein teilweise strenger Protestantismus vorherrschte. In England und den Vereinigten Staaten war der Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung und ausgesprochen protestantischen Unternehmerpersönlichkeiten besonders ausgeprägt. Weber beobachtete auch in der Geschichte dort entscheidende wirtschaftliche Impulse, wo strenge Anhänger der reformierten bzw. puritanischen Glaubensrichtung rastlose und systematische Aktivitäten entfalteten.

Im Gegensatz dazu hinkten die überwiegend katholisch bestimmten Länder und Regionen in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter den anderen her. Das traf nicht nur für den Mittelmeerraum zu. Auch die katholischen Regionen in Österreich-Ungarn und sogar im Deutschen Reich hatten nicht die Erfolge des anglo-amerikanischen Raumes zu verzeichnen. Selbst in Frankreich, wo auf Grund auch der radikalen revolutionären Strömungen die Distanz zum Katholizismus zumindest in bestimmten Kreisen und Schichten immer vorhanden war, verlief die Industrialisierung nicht so stürmisch wie im Deutschen Reich insgesamt bzw. in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten.

Diese Beobachtungen hätten den einfachen Schluß nahegelegt, daß Protestanten in der damaligen Welt einfach die fleißigeren und reicheren Menschen waren. Vor einem solchen naiven Schluß hat Max Weber stets gewarnt und ist möglichen Ursachen auf den Grund gegangen.

Daraus ist eine komplizierte und nicht immer widerspruchsfreie, für einen reformierten Christen aber in jedem Fall ungeheuer spannende und aufschlußreiche Analyse entstanden, die im folgenden dargestellt werden soll.

Beruf und Arbeit vor der Reformation

Im Mittelalter galt weltliche Arbeit im großen und ganzen als notwendiges Übel. Insbesondere wurde sie im Hinblick auf die vor Gott zu findende Gnade weder als hinderlich noch als besonders förderlich empfunden. Die weltliche Arbeit war jedenfalls keine Erfüllung vor Gott, kein Beweis der Gnade Gottes. Nicht, daß der mittelalterliche Mensch faul gewesen wäre. Es wurde durchaus hart gearbeitet. Bauern und Handwerker mußten von früh bis spät unter z. T. schwersten Bedingungen das tägliche Brot für sich und natürlich den Grundherrn oder die Zunft- und Gildenvorsteher erarbeiten. Aber: All das Mühen, all die Qualen, die Entbehrungen, der Hunger in schlechten Jahren, die Knappheit bedeuteten nach Auffassung der damaligen Kirche keinen Weg zur Gnade Gottes. Wer diese Gnade Gottes sicher und in besonderer Weise erlangen wollte, trat vorsichtshalber in ein Kloster ein. Noch für den jungen Luther bedeutete es die Erfüllung vor Gott, ein Mönch zu werden. Die klösterliche Frömmigkeit, das „ora“ und weniger das „labora“ war ein sicherer Weg zum Heil Gottes. Das säkulare Arbeitsleben hingegen war Mühsal, ohne daß damit das ewige Leben erreicht werden konnte.

Ein Zeichen dafür, daß der vorreformatorische Mensch in der Arbeit kein göttliches Heilszeichen sah, war allein schon das Problem der kirchlichen Feier- und Festtage. Es gibt Schätzungen, daß – unterschiedlich nach Regionen – ein Drittel bis zur Hälfte des Jahres mit Sonn- und kirchlichen Feiertagen verbracht wurde. Die Zahl wurde allmählich so groß, daß selbst die katholische Kirche die Zahl der Festtage immer weiter zurückführte. Auch das bekannte Wort „unter dem Krummstab ist gut leben“ weist darauf hin, daß harte

Arbeit und Konsumverzicht nicht zu wichtigen Prinzipien der alten Kirche gezählt wurden.

Daß die mittelalterlichen und später die in katholischen Regionen entstehenden Volkswirtschaften eine vergleichsweise geringe Entwicklungsdynamik aufwiesen, ist u. a. mit durch diese Einstellung zur Arbeit und zum (sofortigen) Konsum zu erklären. Die mittelalterliche Geisteshaltung der weltlichen Arbeit und dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb (der durch das Zunftwesen quasi völlig ausgeschaltet war) gegenüber hemmte die ökonomische Entwicklung in höchstem Maße. Weder Investitionen und entscheidender technischer Fortschritt, noch eine systematische Geldwirtschaft konnten sich so entfalten, daß stärkere Entwicklungskräfte frei wurden.

Luthers statische Berufs- und Arbeitsethik

Vor diesem Hintergrund gab bereits die „erste Welle“ der Reformation mit Martin Luther bedeutende Impulse im Hinblick auf die allmähliche Abkehr vom passiven Wirtschaftsdenken des Mittelalters. Seine erste „Entzauberung“ der „alleinseligmachenden“ Kirche und ihrer für heilig erklärten Machtstrukturen brachte es mit sich, daß nunmehr auch die weltliche Arbeit als gottgewollt angesehen wurde. Er benutzte erstmalig den Begriff des Berufes im Sinne einer Begegnung mit Gott, einer Berufung durch Gott.

Weltliche Berufsarbeit kann sehr wohl Ausdruck der menschlichen Nächstenliebe sein. Der einzelne muß kein Kloster aufsuchen, wenn er die Gnade Gottes erlangen will. Jedermann gibt bei seiner täglichen Arbeit, bei der er ja stets auch zum Nutzen des Nächsten wirkt, gleichzeitig Gott die Ehre. Arbeit stellt einen Akt der Nächstenliebe dar und kann durchaus Gott wohlgefallen. Dies bedeutete tatsächlich ein tiefgreifendes Umdenken im Alltag. Der damalige tiefreligiöse Mensch in seiner großen Furcht vor Gott mußte nun nicht mehr nur die Qual der Arbeit erleiden. Wer fröhlich seinem Tagwerk nachging, hatte lutherischer Auffassung zufolge auch vor Gott keine Zeit verloren.

Eine derartige Arbeitsmotivation allerdings hat immer noch statischen Charakter. Sie befriedigt zwar. Aber: „Nach getaner Arbeit ist gut ruhn“. Es wird nicht unbedingt rastlos und systematisch Vorsorge für eine größere Produktion in der Zukunft getroffen. Auch die lutherische Gesellschaft selbst hat keinen dynamischen Charakter. Die Eingliederung der Menschen in die gegebenen Stände und Berufe ergibt sich immer noch aus einer „objektiven historischen Ordnung“. Das Verharren des einzelnen in seiner Stellung und in den ihm vorgegebenen Schranken, die letztlich Gott ihm auferlegt hat, ist religiöse Pflicht.

Zu dieser wenig beweglichen und immer noch starren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommen noch andere Elemente, die in lutherisch-dominierten Regionen eine insgesamt langsamere Entwicklung verursacht haben: die Vorliebe des Reformators für die Landwirtschaft, das Mißtrauen gegen die Kaufleute und den Marktpreis, das Verbot des Zinsnehmens usw.

Calvinismus und Puritanismus: Die Gesellschaft wird dynamisch

Wo reformierte, calvinistische bzw. puritanische Kräfte wirksam waren, fiel die Dynamik vielfältiger Entwicklungen auf. Während Kunst und „Zerstreuung“ stagnierten, prosperierte Wirtschaft und (Natur-) Wissenschaft. Das riß auch andere protestantische Gruppen, vornehmlich Lutheraner, mit. So wirkten die Puritaner in England und später in den Vereinigten Staaten als Katalysatoren der Entwicklung.

Die calvinistischen Hohenzollern riefen die Hugenotten nach Brandenburg-Preußen. Die Calvinisten auf dem preußischen Thron und die französischen Reformierten trugen entscheidend dazu bei, daß Preußen sich allmählich zur Großmacht entwickelte – auch wirtschaftlich. Übrigens hatte der atheistische Friedrich der Große hieran weniger Anteil, als Historiker zu vermitteln versuchen. Es war vielmehr sein streng calvinistischer Vater, der vielgeschmähte Soldatenkönig

Friedrich Wilhelm I., der einen rationalen und effizienten preußischen Staat schuf. Dieser seinerseits – er stammte übrigens mütterlicherseits von Admiral Gaspard de Coligny ab – hatte sich die calvinistischen Niederlande zum Vorbild genommen. Sie stellten bereits damals einen Staat dar, der von der Wirtschaftskraft her gesehen auf breiter Bevölkerungsebene weltweit an der Spitze stand. Als letztes Beispiel sei daran erinnert, welchen wirtschaftlichen Verlust Frankreich im 17. Jahrhundert durch das Abwandern der Hugenotten erlitt.

Welchen Einfluß hatte Calvin selbst?

All diese Beobachtungen hat Weber nicht vordergründig mit der Tatsache begründet, daß Calvin und seine Nachfolger tatsächlich auch in den Schriften ein ganz anderes Verhältnis als Luther zur gewerblich-städtischen Wirtschaft, zum Kaufmannstand oder zum Zinsneh-

men entwickelten. „Calvin war“, so ist es im Handbuch der Kirchengeschichte (Bd. III, 1931) festgehalten, „der einzige Reformator, der das Zinsnehmen billigte und nicht bloß dem Ackerbau, sondern auch dem Handel und Gewerbe das Wort redete“. Gerade die von der alten Kirche auf der Basis von Augustin und auch von Luther „gefesselte“ Geld- und Bankwirtschaft wurde von Calvin befreit. Und bemerkenswert für den Vergleich der Wirtschaftsauffassungen beider Reformatoren ist das, was sie zur vierten Bitte des Vaterunser niedergelegt haben.

Luther stellte in seinem großen Katechismus ganz auf den Dank für den gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Auf das Problem des Ansammelns von Reichtum geht er nicht ein, eher noch auf die Dankbarkeit gegenüber einem beständigen friedlichen Staatswesen.

Anders Calvin in seiner Institutio (Inst. III 20, 44): Genau das Problem

Einladung zum 4. Theologischen Abendgespräch des EAK Baden

»New Age – die neue Zukunft«

Herausforderung an Kirche und Gesellschaft

Pfarrer Dr. Gottfried Kuenzlen

Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der
evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen,
Stuttgart

am Montag, dem 9. Mai 1988 um 19.30 Uhr

im Heinz-Schuchmann-Haus, Heilbronner Str. 30,
7500 Karlsruhe-Rintheim

Gesprächsleitung: Kirchenrat Klaus-Martin Bender, Karlsruhe

Gesamtleitung: Hans-Michel Bender, Karlsruhe

des Reichtums und der Gefahr des damit möglichen zügellosen Konsums, der Gier, der Wollust, d. h. eines sinnlosen, rein gegenwartsbezogenen Verbrauches wird von ihm deutlich erkannt. Besitz muß mit Maßen verwendet werden: „Ja auch der Besitz, der sich in unserer Hand befindet ... gehört nicht uns, sofern Gott uns nicht Stunde für Stunde ein Stücklein gewährt und uns den Gebrauch verstattet.“

Hier wird ein erster Hinweis auf das gegeben, was Weber im Zentrum einer protestantischen Wirtschaftsethik sieht. Besitz wird aus Gottes Gnade gegeben. Er ist sorgfältig und rational zu verwenden. Besitz ist an sich nichts Verwerfliches. Nur: er dient einem hohen Zweck. Der Mensch hat ihn nur ausgeliehen. Täglich muß er darum bitten, ihn nutzen zu dürfen. Das ruft geradezu nach strenger und sparsamer Lebensführung, die stets auf die Zukunft bzw. die Vorsorge für die Zukunft (Investitionen) ausgerichtet ist.

Kernstück der Weberschen Analyse: Die Prädestinationslehre

Wie bereits angedeutet, waren es aber nicht die unmittelbaren Lehren des Johann Calvin, seine Dogmatik, die Max Weber zufolge den „Geist des Kapitalismus“ haben entstehen lassen. Sie mögen geistesgeschichtlich zu den von Weber entdeckten Kräften beigetragen haben. Aber erst durch die vielen Nachfolger und Interpreten Calvins, durch viele „praktische reformierte Christen“ sind Denksysteme entstanden, die eine unstete Suche nach ökonomischem Erfolg durch Gewinn-, Eigentums- und Kapitalbildung hervorgerufen und zu bemerkenswerten Erfolgen geführt haben. Dabei war das wesentliche Element – so Weber – die Lehre von der freien Gnadenwahl.

Weber war sich nicht sicher, ob diese Lehre das entscheidende Element des Calvinismus im 16. und 17. Jahrhundert war. Er stellte aber deren kultur- und wirtschaftsgeschichtliche Wirkungen fest, die seiner Ansicht nach „hoch angeschlagen“ werden müssen. Basis ist die Erkenntnis Calvins und seiner Nachfolger, daß nicht Gott um der

Menschen willen, sondern daß die Menschen um Gottes Willen da sind. Alles Geschehen, d. h. auch die Tatsache, daß nur ein (kleiner) Teil der Menschen zum Heil auserwählt ist, dient nur zur Herrlichkeit des dreieinigen Gottes. Es ist geradezu ein Vergehen an Gottes Majestät, wenn sein Handeln an Maßstäben irdischer „Gerechtigkeit“ gemessen wird. Gott ist frei. Seine Ratschlüsse werden dem Menschen nur dann verständlich, wenn er sie uns wissen läßt. Wir wissen insbesondere nicht, wer von uns erwählt und wer verworfen ist. Da nun Gott absolut frei in seiner Entscheidung ist, können wir ihn auch nicht durch gute Werke und Taten „bestechen“. Allein die Vorstellung, ein Mensch könnte Gottes Entscheidungen beeinflussen, ist eine Ungeheuerlichkeit, ist Blasphemie.

Im Gegensatz zu den Schlüssen, die aus dem Verhalten des göttigen Gottes im Neuen Testament gezogen werden können, stellt die Prädestinationslehre auf einen Gott ab, der seine Gnade von Anbeginn vielen versagt und nur einigen gegeben hat.

Eine so verstandene Prädestinationslehre verursachte bei vielen gläubigen Christen reformierten Bekenntnisstandes das, was oftmals auch als Prädestinationsangst bezeichnet wird: die Angst, nicht für das Heil vorherbestimmt zu sein.

Dies hatte nach Weber die Folge einer „unerhörten inneren Vereinsamung des einzelnen Individuums“. Nichts konnte der einzelne Mensch tun, um zur ewigen Seligkeit zu gelangen. Keine seligmachende Kirche, kein Prediger, keine Beichte, keine guten Worte, keine guten Werke, kein Sakrament vermochten ihm zu helfen; sich zu den Auserwählten zu gesellen. Entscheidend im Vergleich zur katholischen Kirche aber auch zum Luthertum war dabei, daß insbesondere das kirchlich-sakramentale Heil wegfiel. Damit war die religiös-kirchliche Welt vollends entzaubert. Keine Mythen, keine Heiligenkulte, nichts Mystisches konnten überdecken, daß es Erwählte und Verworfene von vornherein gab. Die Folge davon war eine bis dahin nie gekannte Versachlichung der Religionsausübung. Puritaner und Reformierte lehnten jede Art überflüs-

siger und vernebelnder Zeremonie ab. Damit sollte auch der Verdacht vermieden werden, man wolle einem Aberglauben frönen, man wolle Gott durch Götzendienerei zu Vereinnahmen suchen.

Durch diese extreme Individualisierung des Glaubens und des Heils verändert sich auch der Charakter der Arbeit und der Berufsethik. Arbeit findet zum Ruhme Gottes statt. Sie findet nicht, wie noch bei Luther, in der Nächstenliebe ihre Begründung. Umgekehrt wird der Ruhm Gottes und seine Gnade in den Erfolg der Arbeit hineininterpretiert.

Obwohl laut Calvin die Erwählten von den Verworfenen nicht unterschieden werden können, lockert sich gerade in diesem Punkt bei seinen Nachfolgern – schon bei Theodor Beza – die Sicht der Dinge. Immer wieder wird die zentrale Frage gestellt, wer denn auserwählt sei: Weber stellt fest, daß sich dabei folgende Auffassung herauskristallisiert habe. Der reformierte Christ hat zunächst davon auszugehen, daß er zu den Auserwählten zu zählen ist. Jeder Zweifel daran bedeutet eine Anfechtung des Bösen und ein erster Hinweis auf das Verworfensein.

An Stelle des „lutherischen“ demütigen Sünders, der durch aufrichtige Reue und Buße Gottes Gnade erlangen kann, bilden sich im Calvinismus und Puritanismus selbstgewisse, harte Menschen heraus. Sie sehen in der rastlosen systematischen und zukunftsorientierten Berufsarbeit das beste Mittel gegen Sünde und zur Bestätigung der Heilsgewißheit. Der Glaube muß sich in objektiven Wirkungen in dieser Welt niederschlagen. Und das geht nur, wenn der reformierte Christ sein Leben zielorientiert, systematisch und ökonomisch gestaltet: „von dem katholischen, echt menschlichen Auf und Ab zwischen Sünde, Reue, Buße, Entlastung, neuer Sünde oder von einem durch zeitliche Strafen abzubüßenden, durch kirchliche Gnadenmittel zu begleichenden Saldo des Gesamtlebens war keine Rede.“

Die ethische Praxis des Alltagsmenschen wurde so ihrer Plan- und Systemlosigkeit entkleidet und zu einer konsequenten Methode der ganzen Lebensführung ausgestal-

tet.“ Zwar gab es dies auch in den Mönchsorden der alten bzw. katholischen Kirche, extrem bei den Jesuiten. Nicht aber war das Leben aller Christen in ihrer angstvollen Beziehung zu Gott so gekennzeichnet und erst recht nicht auf das alltägliche Leben oder gar das Berufsleben ausgedehnt.

Wenn nun aber der Erfolg, d. h. insbesondere der berufliche Erfolg bzw. der unternehmerische Erfolg als Zeichen der Gnade Gottes interpretiert wurde, dann bedeutete dies, daß keineswegs der protzige Reiche, der „Neureiche“ die Gnade besitzt. Eher das Gegenteil ist der Fall. Sittlich verwerflich ist nicht der Besitz an sich. Verwerflich ist das Ausruhen darauf, das Protzen damit, die Verschwendung, die Genußsucht und nicht zuletzt das Vergehen der Zeit mit verschwenderischem Konsum aus Eigentum. Ähnlich wie bei einer naiven Auslegung des Gleichnisses von den anvertrauten Talenten (Matthäus 25, 14. bis 30) ist das Ausruhen auf einem Schatz, den wir von Gott nur geliehen haben, verwerflich. Nicht hingegen verwerflich ist seine Vermehrung, d. h. also das rastlose Handeln im Beruf.

Der Beruf wird gleichsam als ein Befehl Gottes interpretiert, zu seiner Ehre zu wirken. Und dazu gehört auch die Mehrung des Reichtums zur Ehre Gottes. Die Mehrung des Reichtums zur eigenen Ehre, zur „Ehre des Luxus“ hingegen ist Sünde und daher abzulehnen. Vor diesem Hintergrund waren Reformierte – seien es Hugenotten, Puri-

aner oder andere – immer daran interessiert, ihr Arbeitssystem zu verbessern, rationeller zu produzieren, den Kapitalbestand durch Investitionen zu mehren. Typisch ist, daß streng reformierte Christen jeglichem Konsum zurückhaltend, dem Luxus überaus feindlich gegenüberstanden.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß berufliche und gesellschaftliche Mobilität ein Charakteristikum in diesem System darstellt. Den Beruf zu wechseln, um bessere Chancen wahrzunehmen, gilt durchaus als gottgefällig. Dies hat entsprechenden Gesellschaften den wirtschaftlich-sozialen Wandel erleichtert, der für lutherische Gesellschaften beinahe noch undenkbar gewesen wäre.

Und schließlich zeigte sich in unternehmerischen Gewinnen, sofern sie nicht für den eigenen Luxus, nicht zur Wollust verwendet werden, sondern der Investition dienen, eine Vermehrung der Ehre Gottes.

Zusammengefaßt läßt sich damit festhalten: Die innerweltliche protestantisch-reformierte Askese wirkte Weber zufolge gegen den unbefangenen Genuß des Besitzes, schränkte den Konsum ein, stärkte dagegen die Wirtschaftskraft der protestantischen Gesellschaften. Die negative Befangenheit mancher christlicher Lehren, säkulare Gewinne zu erzielen, wurde beseitigt. Damit wurden ökonomische Kräfte freigesetzt, die nach wie vor im Wirtschaftsleben marktwirtschaftlicher Systeme tiefe Spuren in Form

hoher Wohlstandsgewinne und der Überwindung inhumaner materieller Knappheit hinterlassen haben.

Was bleibt?

An Webers Arbeiten ist viel Kritik geübt worden, nicht zuletzt an seiner Auslegung der Prädestinationslehre. Es ist auch versucht worden, ihn mit Gegenbeispielen aus dem katholischen Raum zu widerlegen. Zum Beispiel mit Hinweisen auf die mittelalterlichen oberitalienischen Städte und insbesondere auf das reiche Venedig. Vorgeworfen hat man ihm auch, daß er zu viele Glaubensrichtungen zu „den“ Reformierten gezählt hat. Hier ist nicht der Ort, auf die vielen Gegenarbeiten zu Webers System einzugehen. Tatsache bleibt aber, daß der traditionelle Protestantismus besser mit den wirtschaftlichen Erfordernissen einer industriellen und postindustriellen gesellschaftlichen Entwicklung zurechtkam. Tatsache bleibt auch, daß der Protestantismus – und hier haben die reformierten Denksätze entscheidenden Anteil – viele Menschen gut gerüstet hat, die Entwicklungsdynamik der modernen marktwirtschaftlichen Volkswirtschaft zu verkraften und doch auch den diakonischen Auftrag unserer Gesellschaft und Kirche nicht zu vergessen.

Wenn heute vielfach aus der evangelischen Kirche Kritik an unserem Wirtschaftssystem geübt wird, so sollte dies nicht vergessen werden. Vielleicht kann beim Nachdenken über Max Webers Analyse trotz aller Kritik auch etwas Bleibendes und Positives daran entdeckt werden.

Unternehmer und Kirche – Versuch einer Annäherung

Heinrich Weiss

Der Versuch, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Kirche zu analysieren, kommt an der Grundwertediskussion nicht vorbei. Christliche Ordnungsvorstellungen haben in Europa das menschliche Zusammenleben über Jahrhunderte geprägt. Im Zuge der Auseinandersetzung mit den geistigen Strömungen des Liberalismus, des Sozialismus und des Kommunismus hat insbesondere die

christliche Soziallehre in ihren verschiedenen Ausprägungen Verhaltensweisen und Normen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in christlicher Verantwortung entwickelt. Dabei greifen religiöse und weltliche Ordnungsvorstellungen heute immer stärker ineinander.

Die Entwicklung unserer sozialen marktwirtschaftlichen Ordnung

nach dem Kriege orientierte sich unzweifelhaft am gesellschaftlichen Leitmotiv des christlichen Menschenbildes. Dabei hat einer seiner geistigen Väter, Alfred Müller-Armack, betont, daß die gesellschaftlichen Ordnungen zwar so beschaffen sein müssen, „daß Christen in ihnen ihre Verantwortung tragen können; aber man wird nicht . . .

bestimmte Ordnungen nach ihrem jeweiligen theologischen Fundament akzeptieren oder verwerfen können". Die soziale Marktwirtschaft ist eine Ordnung, „die Werte empfängt, aber nicht selbst setzt und insofern kein theologisches Fundament hat“. (Referat auf der 10. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 4. bis 6. Oktober 1962 in Wiesbaden)

Das Soziale in der Marktwirtschaft

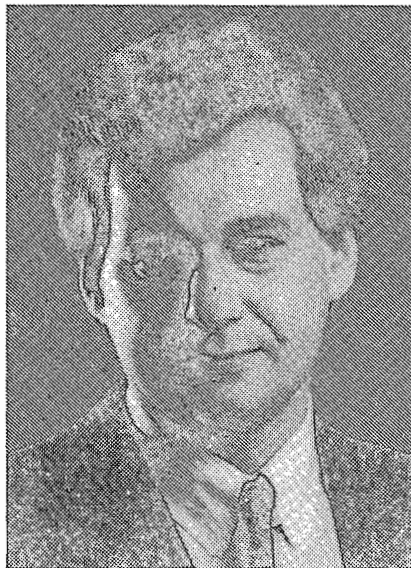
In diesem Sinne sollten Christen die soziale marktwirtschaftliche Ordnung auszufüllen suchen. Denn sie vermag besser als jede andere der heute existierenden Wirtschaftsordnungen die persönliche Freiheit des Individuums, Eigeninitiative und Selbsthilfe, Chancengerechtigkeit, Privateigentum, Solidarität der Gemeinschaft mit Hilfsbedürftigen, die wirtschaftliche Güterversorgung und den schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und unseren Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Müller-Armack hat als den Sinn der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.

In Stellungnahmen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen der Zeit, wie Arbeitslosigkeit, Mitbestimmung, Vermögensbildung, Umweltschutz oder Entwicklungspolitik, hat die Kirche Ziele formuliert, denen man als Christ im Grunde großenteils zustimmen muß. Christliche Äußerungen sind dabei oft mehr Aufschrei als konkrete Wegweisung. Indem sie idealtypische Normen vorgeben, können sie nicht auf ihre Erfüllung in dieser Welt hoffen. Wir können uns nur gemeinsam bemühen, diesen Zielen möglichst nahe zu kommen. Der gute Wille und ethische Verantwortung sollten dabei allen Beteiligten unterstellt werden. Gleichzeitig können aber die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht ignoriert werden.

Der Wettbewerb in der Marktwirtschaft

Die Humanität unserer Wirtschaftsordnung wird aus theologi-

scher Sicht insbesondere wegen des Wettbewerbsprinzips angezweifelt. Der Bonner Theologe Prof. Honnecker weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Wettbewerb in der Marktwirtschaft nicht Ziel, Selbstzweck, sondern bloß Mittel ist. Ziel ist in der sozialen Marktwirtschaft das Gemeinwohl. Der Staat hat die Rahmenbedingungen so zu setzen, daß das Ergebnis individuellen Handelns zu diesem Ziel hinführt. An vorderster Stelle steht dabei die Sicherung eines fairen und wirksamen Leistungswettbewerbs. Er begrenzt die Machtkonzentration; durch Markt und Konkurrenz werden zugleich der wirtschaftlichen Freiheit Grenzen gesetzt. Wir haben die So-



Heinrich Weiss, Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

zialpflichtigkeit des Eigentums. Der Satz „Eigentum verpflichtet“ ist im Grundgesetz verankert. Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte binden unternehmenspolitische Entscheidungen und damit auch die Verfügungsgewalt für das Produktionskapital.

Das Soziale in unserer Wirtschaftsordnung ist nicht Anhängsel, sondern konstitutiver Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung. Dabei hat Ludwig Erhard immer wieder darauf hingewiesen, daß eine leistungsfähige Wirtschaft bereits das soziale Element in sich trägt, indem sie die wirtschaftlichen Voraussetzungen schafft für ein humanes, eigenverantwortliches Leben, aber auch für Solidarität und Hilfe gegenüber dem Nächsten. Da

der Mensch nach christlichen Vorstellungen für sein Leben weitgehend selbst verantwortlich ist, sollte, wie es Ludwig Erhard vorschwebte, die soziale Sicherheit „zuerst aus eigener Kraft, aus eigener Leistung und aus eigenem Streben erwachsen“.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik haben ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit und sozialem Ausgleich bewirkt, das wir in der Wiederaufbauphase sicher noch nicht für möglich gehalten hätten. Gleichzeitig werden uns die Grenzen der Umverteilung sichtbar. Soziale Gerechtigkeit wird dann in ihr Gegenteil verkehrt, wenn Gruppenansprüche den Sozialstaat zu erdrücken drohen. Wer trotz eigener Leistungsfähigkeit die Solidarität der Gemeinschaft in Anspruch nimmt, handelt nicht in christlicher Verantwortung. Im Arbeitsrecht haben wir Entwicklungen, bei denen sich der Schutz des einzelnen zu Lasten der Gesamtheit auswirkt. Den Arbeitsbesitzern gewähren wir ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit, das aber den Arbeitslosen den Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit erschwert. Die christliche Mitverantwortung des einzelnen für die Gemeinschaft wird von vielen zunehmend weniger ernst genommen als die Solidarität der Gemeinschaft mit dem einzelnen.

Verantwortung des Arbeitgebers

Sozial- und gesellschaftspolitische Verantwortung in unserer Wirtschaftsordnung sind für Unternehmer kein Fremdwort. Die meisten haben erkannt, daß unternehmerische Verantwortung nicht an den Fabrikanten endet. Das Bild über Rolle und Aufgaben des Unternehmers ist in der Öffentlichkeit aber nach wie vor sehr diffus.

Ureigenste Aufgabe des Unternehmers ist es, die Zukunft des Unternehmens zu sichern durch Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg, durch die Modernisierung des Produktionsapparates, durch Innovationen in Produkten und Verfahren, durch vorausschauende Kapazitäts- und Personalplanung und die Qualifizierung der Mitarbeiter. Zur Mitgestaltung des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umfeldes sind aber

auch soziale und politische Kompetenz gefragt. Wir Unternehmer haben es in der Vergangenheit vielleicht versäumt, unsere Aufgaben hinreichend deutlich zu machen. So werden Leistungen verkannt, die im Bereich des Umweltschutzes, bei der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, bei der Bewältigung des Strukturwandels durch Forschung, Entwicklung und Innovationen erbracht werden.

Es widerspricht auch nicht ethischem Verhalten, die Zukunft eines Unternehmens durch Gewinne langfristig zu sichern. Werden Unternehmensgewinne verteufelt, braucht sich niemand über zu geringe Investitionen oder fehlende Arbeitsplätze zu wundern. In der Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland und die Kostenbelastung der Unternehmen geht es auch um die Sorge, daß die drückende Arbeitslosigkeit zukünftig noch verstärkt werden könnte, wenn immer mehr deutsche Unternehmen dem internationalen Konkurrenzdruck weichen müssen.

Ich kenne keinen Unternehmer, der nicht lieber

- seinen Betrieb erweitert, statt Kapazitäten abzubauen,
- Arbeitskräfte einstellt, statt sie zu entlassen,
- gute Löhne zahlt, statt eine Fluktuation der besten Kräfte in Kauf zu nehmen,
- die Umwelt schont und Energie einspart, statt natürliche Ressourcen übergebühlich zu beanspruchen.

Gesprächspartner Kirche – Integrationsfunktion

Damit die Wirtschaft den Menschen in unserem Lande bestmöglich dienen kann, müssen aber die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Sie werden von den Menschen in unserem Lande, den Trägern öffentlicher Verantwortung, Sozialpartnern und Politikern und auch von den Kirchen geprägt. Die Kirche sieht es als eine ihrer vordringlichen Aufgaben an, für die Sozial-Schwachen zu sprechen. Anwalt der Hilfsbedürftigen

zu sein ist jedoch nur eine ihrer Aufgaben, wenn auch eine sehr wichtige. Christen sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Arbeitslose und Arbeitsbesitzer, Politiker und Verbraucher. Sie alle verlangen nach christlichem Beistand. Die Kirche muß Gesprächspartner für alle sein. Je stärker sie sich in unserer pluralistischen Gesellschaft für eine Interessengruppe einsetzt, um so mehr wird sie politisiert und beraubt sich eines Teils ihrer inneren Freiheit. Dies kann zu Lasten der Integrationsaufgabe der Kirchen gehen.

Ich möchte hierzu ein Beispiel bringen. Arbeiter, die gegen die Schließung ihrer Betriebsstätte protestieren, wie beispielsweise in Rheinhausen, haben sicherlich ein Anrecht auf christlichen Beistand. Aber muß dies nicht auch für Unternehmensleitungen gelten, die die Entlassung von Mitarbeitern verantworten müssen? Wer im Talar demonstriert, dokumentiert die Parteinahme der Amtskirche.

Die Frage nach christlicher Toleranz und Solidarität stellt sich auch bei der Haltung der Kirche zum Verbot der Feiertagsarbeit. In der wirtschaftspolitischen Diskussion geht es ja nicht darum, sie zur Regel zu erheben, sondern sie auch unter ethischen Gesichtspunkten neu zu überdenken. Mit einer gemeinsamen Erklärung sind der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz vor kurzem an die Öffentlichkeit getreten, um an die christliche Verantwortung für den Sonntag zu erinnern. Landesbischof Lohse argumentiert, „daß in der Frage der Sonn- und Feiertagsruhe grundsätzliche Werte auf dem Spiel stehen, die Erwägungen wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit und Rentabilität bei weitem übertreffen“. Dies ist nicht zu bestreiten. Es stellt sich nur die Frage, ob die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei über 2 Mio. Arbeitslosen nicht auch zu diesen grundsätzlichen Werten zählt. Die internationale Konkurrenzfähigkeit und Rentabilität eines Unternehmens steht nicht im Widerspruch zu christlichen Werten, sondern ist

Voraussetzung für die soziale Sicherheit der Menschen in unserem Lande.

Um zu einem besseren Verständnis zwischen Wirtschaft und Kirche zu gelangen, müssen beide Seite aufeinanderzugesuchen und das intensive Gespräch suchen. Gerade auch Kirchentage sollten hierzu genutzt werden und weniger als Forum für undifferenzierte Angriffe auf Unternehmer und Politiker. Die Kirchen müssen ihre Integrationsfunktion für die gesamte Gesellschaft begreifen. Dabei dürfen wir darauf vertrauen, daß die soziale marktwirtschaftliche Ordnung den besten Rahmen bietet, um unserer Schöpfungsverantwortung nachzukommen. Wirtschaft und Unternehmer sind aufgerufen, sich mit dem Anliegen der christlichen Soziallehre eingehender zu befassen. So wird deutlich, daß manche schwerverständliche Kritik an unserem Wirtschaftssystem allein aus christlicher Überzeugung und der Suche nach dem idealen Menschenbild herrührt.

Unsere Autoren:

Prof. Dr. Eberhard Amelung
Universität der Bundeswehr
Werner-Heisenberg-Weg 39
8014 Neubiberg

Dr. Klaus Lefringhausen
Adenauerallee 80
5300 Bonn 1

Dr. Hans-Dieter Wichter
Hardt 90
4018 Langenfeld 2

Heinrich Weiss
Fritz-Schäffer-Str. 28
5300 Bonn 1

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder des Herausgebers.

C Aus unserer Arbeit

Arnulf Borsche wurde 60

Frankfurt/Oberursel. — Der Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen, Arnulf Borsche, wurde am 15. März 60 Jahre alt. Geboren am 15. März 1928 in Frankfurt besuchte er dort das Gymnasium, studierte nach dem Abitur 1946 an der Frankfurter Universität Geisteswissenschaften und legte 1952 die Prüfung für das höhere Lehramt ab. Danach arbeitete er zunächst als kaufmännischer Angestellter einer Werbeagentur und wechselte 1954 in die Deutschlandzentrale eines Großbetriebs der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, wo er heute als Prokurist und Abteilungsleiter tätig ist. Von 1960 bis 1962 war Borsche CDU-Stadtverordneter in Frankfurt und gehörte von 1962 bis 1982 als CDU-Abgeordneter dem Hessischen Landtag an. Dort machte er sich einen Namen als hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion. Unter anderem war er Initiator eines Untersuchungsausschusses, der sich mit den Zuständen am Frankfurter Abendgymnasium befaßte.

Seit 1961 ist Arnulf Borsche Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Frankfurt, seit 1976 auch der CDU Hessen. Er gehört den Vorständen verschiedener kultureller Vereinigungen und seit 1961 dem Kuratorium der Blindenanstalt in Frankfurt an.

Arnulf Borsche ist verheiratet und hat drei Kinder. Seinen Geburtstag feierte er im Kreise von Familie und Freunden in seinem Oberurseler Heim. Zu den persönlichen Gratulanten zählte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister **Albrecht Martin**.

8. Schloß-Burger-Gespräch

Altenberg. Für das achte Schloß-Burger-Gespräch war es dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU gelungen, **Bundesministerin Rita Süßmuth** als Referentin zum Thema Aids nach Altenberg zu gewinnen. Zur Be-

grüßung sprachen der Landesvorsitzende des EAK, **Dr. Hans-Ulrich Klose**, der Bezirksvorsitzende, **Dr. Hans Horn**, und Bürgermeister **Franz Heinrich Krey**. Klose verwies dabei auf die Tradition des Arbeitskreises, sich stets als Forum geistiger Auseinandersetzung und des Gesprächs zwischen Kirche und Politik zu verstehen. Über die großen praktischen Erfolge der Partei dürfe man nicht die geistige Auseinandersetzung vernachlässigen.

Rita Süßmuth, eine politische Senkrechstarterin, kann sicher als eine Politikerin bezeichnet werden, die sich gesellschaftlicher Probleme mit großer Gewissenhaftigkeit und ernsthaftem Engagement annimmt. Entsprechend war das Motto ihres Vortrages: „Leben mit Aids – der Vernunft eine Chance“. Diese Krankheit bedeute eine doppelte Herausforderung an den Menschen, an seine Vernunft und an seine Menschlichkeit. „Keine andere Seuche ist so umfangreich durch verantwortungsbewußtes Verhalten zu vermeiden“, so die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

Vehement wandte sie sich gegen „falsche Aufklärungskampagnen“, wie sie beispielsweise derzeit in einer Stern-Serie mit den amerikanischen Sexualforschern Masters und Johnson praktiziert würden. „Inzwischen wird auch mit Aids Geld gemacht.“ Hauptaufgabe sei es immer wieder, in aller Klarheit über die Infektionswege aufzuklären, damit panikmachende Ammenmärchen keine Chance hätten. Man dürfe dabei auch nicht die Relation zu anderen unheilbaren Krankheiten verlieren. Immerhin 2650 Menschen erkranken jährlich neu an Krebs, demgegenüber stehe eine ungefähre Zahl zwischen 30 000 und 100 000 Infizierten innerhalb des gesamten Zeitraums seit Entdeckung der Krankheit.

Im Umgang mit Aids sei die persönliche Verantwortung eines jeden gefragt; „da kann der stärkste Staat nichts ausrichten“. Dies sei allerdings auch eine Lernchance, böte die Möglichkeit „Perversionen des menschlichen Denkens“, wie beispielsweise „Sextourismus“, rückgängig zu machen. Partnerschaft und Beziehung könnten in neuer Weise erlebt werden und erfüllen eine Ausweitung über die Betonung des rein Sexuellen hinaus. „Eine Restunsicherheit bleibt immer auch nach dem Test, weshalb wir alle lernen müssen, mit dieser Krankheit zu leben.“

„Nachdem wir bereits den Anfang gemacht haben, darüber zu sprechen, müssen wir jetzt lernen, auch entsprechend zu handeln“, meinte die Ministerin. Aids sei eine Herausforderung an die soziale Verantwortung des Menschen, sie zeige, wie stark der Mensch andere Menschen brauche. Ausgrenzung von Infizierten und Erkrankten sei da keine Lösung; es ginge um Krankheitsbekämpfung und nicht um Bekämpfung von Menschen. Mit eindringlichen Beispielen berichtete Rita Süßmuth, wie von der Krankheit Betroffene nichts nötiger brauchen als die Solidarität, Zusage und Hilfe von anderen Menschen.

Aidskranke haben sich selbst als Symbol den Regenbogen gewählt, das Zeichen der Hoffnung. „Die stärkste Kraft der Christen ist die Hoffnung, mit der sie auch verzweifelten Menschen aus ihrer Situation heraushelfen können“, endete Rita Süßmuth ihren eindringlichen Vortrag unter heftigem Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer.

Die Reform der Gesundheitskosten

Mannheim. Zu diesem Thema hatte der EAK im Kreisverband Mannheim seine Mitglieder und Gäste in das Hotel Wartburg eingeladen. Das Interesse an diesem Thema bezeugten die zahlreich erschienenen Zuhörer, die der Vorsitzende, Stadtrat **Friedrich Ziegler**, begrüßen konnte. Der langjährige Sozialdezernent der Stadt Mannheim, Bürgermeister a. D. **Dr. Hans Martini**, der in verschiedenen kirchlichen und freigemeinnützigen Krankenhäusern im Verwaltungsrat tätig ist, gliederte das komplexe Thema in die Abschnitte Rentenreform, Reform der gesetzlichen Krankenversicherung und Auswirkungen auf die freigemeinnützigen Krankenhäuser. Anhand der vorliegenden Referentenentwürfe schilderte er die mögliche Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte. Allen Zuhörern wurde deutlich, daß mit entscheidenden Änderungen gerechnet werden muß, wenn die Versorgung der Kranken, der Alten in der bisherigen Qualität aufrechterhalten werden soll. Ohne Opfer wird dies nicht möglich sein. Eine Lösung konnte der Redner nicht anbieten. In der anschließenden regen Diskussion konnte noch manches geklärt werden. Nachdenklich wurden die Zuhörer entlassen mit dem Eindruck, sich weiterhin intensiv mit der Problematik zu beschäftigen.

Liebe Leser,

zu dem Beitrag von Christoph Mezger: *New Age – Das neue Paradigma in der Märzausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ haben wir ein lebhaftes Echo von Seiten unserer Leserschaft erhalten, für das wir uns recht herzlich bedanken möchten. Haben Sie bitte Verständnis dafür, daß aus Platzgründen nur eine begrenzte Anzahl von Leserbriefen abgedruckt werden konnte; längere Zuschriften mußten teilweise gekürzt werden. Diesmal leider nicht veröffentlichte Stellungnahmen haben wir selbstverständlich aufmerksam gelesen.*

Ganz abgesehen davon, daß die Einengung des Begriffs „New Age“ auf rein wissenschaftliche Modellvorstellungen sich nicht mit dem z. Zt. vorherrschenden Sprachgebrauch deckt, darf ein sachlicher Zusammenhang zwischen jenem angeblich sanftrevolutionären Vordenken und okkulten Praktiken keineswegs übersehen werden – oder ist die Zusammenschau von „Paradigmenwechsel“ mit dem Sternzeichenwechsel etwa kein (astrologischer) Aberglaube?

Was wir da vor uns haben, ist reinsten Gnostizismus: eine geistige, religiöse Haltung, der sich das neutestamentliche Denken (auch und gerade das johanneische!) durchweg widersetzt. Gnosis unterläuft, dogmatisch gesprochen, alle drei Glaubensartikel, so auch im Falle „New Age“. Meine Entgegnung hat demzufolge eine Dreigliederung:

1. Wir Menschen können niemals wissen, was „die ganze Wirklichkeit“ ist: einmal deswegen, weil wir eben nur von irdischer Warte aus Weltanschauung betreiben können und aus der Distanz des Mit-Geschöpfes keinen göttlichen Über- oder Durchblick haben, und zum andern, weil nach biblischem Zeugnis auf „unsere“ Wirklichkeit stets diejenige des Schöpfers zukommt; von letzterer jedoch können wir uns prinzipiell keinen Begriff machen. So bleibt für den Christen die Zukunft grundsätzlich offen und eine Welterlösung nach erdachtem Plan unmöglich.

2. Was wir Menschen wissen können und sollen, ist die Tatsache, daß sich jeder von uns täglich schuldig macht und im nachhinein seine Schuld nie von sich aus loswird. Die Versöhnung mit Gott und dem Nächsten, zentrales Thema biblischer Botschaft, kommt bezeichnender Weise auch in dem hier

vorgelegten New-Age-Referat nicht vor. Die Sünde zu ignorieren oder zu bagatellisieren ist aber unchristlich. Umkehren, nicht immer „synthetischer“ fortschreiten, heißt 1988 die Lösung des Evangeliums! Für den Schaden unseres Planeten ist es nicht entscheidend, wie „kosmisch“ unser Herr und Heiland ist, sondern daß er menschlich ist. Ein Ringen um die Zweckbestimmung von Religion und die Rechtfertigung von Synkretismus lenkt hier nur ab.

3. Daß wir Menschen nicht wissen, wie aus unserer Mitte heraus Liebe und Frieden entstehen könnte, ist Anlaß für die Selbst-Bekanntgabe Gottes. Uns, die wir uns immer wieder vergeblich einen Namen machen wollen (nebenbei: da gab es schon Besseres als „Wassermann“), ist nur ein Name unter dem Himmel gegeben: Jesus – und nur darum geht es dem Heiligen Geist.

Die New-Age-Welle hingegen will mich als Christen, wortspielerisch gesagt, anlocken: „Komm, sei kein Fisch und mach mit!“ Da ich mich indessen nur zu einer „Spiritualität“ verstehen kann, die einzig und allein Jesus Christus, Gottes Sohn, Versöhner, zum Thema hat, möchte ich unbedingt beim „Fisch“ bleiben und halte mich ans Taufsymbold – während ich für das Hinabtauchen in die mystischen Tiefen der Aquarius-Elemente denn doch zu wasserscheu bin (zu stark hat mich hoffentlich der Glaube während eines Christenlebens vermenschlicht und dazu untauglich gemacht, in solch ein „Netz“ zu gehen).

**Dr. Hans-Georg Gerhardt, Adlerstr. 9,
6348 Herborn 3**

Wenn Etikettenschwindel schon etwas Neues wäre, dann „New-Age“ das neue Paradigma. Wenn der weltweite Hang aller Menschen (aller Rassen und Religionen) sowohl zu Theoriemodellen wie zur Flucht in „irrational-esoterische Praxis“ als ein „ganz seltenes Phänomen“ betrachtet wird, so ist das – mit Verlaub – ein Beobachtungsfehler:

Richtig ist, daß die Menschen nie aufgehört haben, zwischen Ratio und Emotion, Geist und Fleisch (Paulus), Idealismus und Materialismus (19. Jhd.), Technik und Natur (20. Jhd.) hin- und herzuschwanken, wechselweise fasziniert und geängstigt, gleichzeitig voll der Hoffnung und voller Verzweiflung.

Die Weltliteratur liefert den roten Faden dafür von Anbeginn und das Wissen um die Hintergründe. Und doch läuft die Weltgeschichte nicht unter Anerkennung und Nutzenanwendung dieser erkannten Wissenschaften und Weisheiten ab, sondern gewalttätig und blutig über Jahrtausende und quer über alle Kontinente.

Man hat unser Zeitalter ein „technisches“ genannt und besonders die westliche Hemisphäre als künftiges Opfer extremer Technisierung gesehen. Die Zahl der Warner aller Lager ist riesengroß, stellvertretend seien nur einige Namen der letzten 50 Jahre genannt: Ortega y Gasset, „Aufstand der Massen“; O. Spengler, „Untergang des Abendlandes“; Steinbuch, „Falsch programmiert“; Sedlmayer, „Verlust der Mitte“; E. Stauffer, „Die Botschaft Jesu...“; K. Lorenz, „Die sieben Todsünden der Menschheit“; Riedl, „Spaltung des Weltbildes“; H. Gruhl, „Ein Planet wird geplündert“; Löw/Spaemann, „Die Frage Wozu“. – Alle diese Denker haben zahlreiche Leser gehabt und viele Bewunderer – bis heute, aber – sie haben alle nichts bewirkt, keinen Krieg und keine Hungersnot verhindert. Die Zahl der Ermordeten, der Flüchtlinge und Rauschgifttoten, der Unterdrückten und Kranken ist nur immer größer geworden. Der Ruf nach Frieden, nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wird überall als gerechtfertigt anerkannt, zumindest theoretisch und nicht erst seit 1789, auch heute in allen Kriegs- und Unruhegebieten von Afghanistan und Angola, über Chile, Iran/Irak, Nicaragua bis Zaire und Zypern. Aber trotz besserer Einsicht herrschen Haß und Intoleranz mit Mord und Totschlag auch in unserem europäischen Haus (Nordirland, Nordspanien) und mit Infamie und übler Nachrede auch in unserem Staat, der sich mit Recht der beste nennt, der je auf deutschem Boden existierte.

Jetzt also kommt der Paradigmenwechsel, das „Neue Denken“. Abgesehen davon, daß Erweckungsbewegungen schon vor tausend Jahren (und in allen Jahrhunderten danach) gang und gäbe waren und sind, immer mit der (zutreffenden) Begründung, daß das „alte Denken“ versagt habe – woher kann man nur den Mut nehmen, dieses „neue Zeitalter“ könne allein mit „neuem Denken“ beschworen werden? Hat nicht z. B. der Kommunismus seine Schlagkraft (oh, sprachliche Enthüllung!) aus der erklärten Absicht bezo-

gen, „die Welt nicht anders interpretieren, sondern verändern“ zu wollen, d. h. aber mit dem „neuen Menschen“ und unter Anwendung von Gewalt? Und wie gewaltig hat er die halbe Welt verändert! Seine treuesten Anhänger haben darüber das Denken überhaupt eingestellt!

Aber auch beim Rest der Welt endet das Denken meist am Tellerrand und an der Bettkante; der Überlebenskampf erlaubt einfach keine weitergehende Art von Hirngymnastik. Er flüchtet – ins Spekulative oder in Theoriemodelle. Fällt es den Menschen doch zunehmend schon schwer, die Diskrepanz zwischen den ererbten Fähigkeiten und den heute erforderlichen Techniken durch Lernen zu überbrücken:

Früher fanden Geburt und Tod, Broterwerb und jedes Leben überhaupt unter den Augen der Kinder, z. B. im Hause, statt. Heute sind Geburt und Tod vzw. ins „Kranken“-Haus verlegt. Der Beruf findet in der Fabrik, in der Behörde oder an anderen, anonymen Orten statt, mit Werkzeugen, die nur wenige verstehen oder gar reparieren können: Computertechnik, Kernspaltung oder Ultraschalldiagnose sind einer so aufgewachsenen Mehrheit Hekuba, nicht leichter durchschaubar, als die Schöpfung überhaupt, als Gottes Allmacht oder „Ewigkeit“!

Darum doch ist die Welt so erlösungsbedürftig, **darum** fühlen sich die Menschen so ausgeliefert!

Was daraus folgt? Vor dem (biblisch prophezeiten) Weltuntergang könnte die Menschheit nur ein neues Pfingstwunder retten! Nicht aber scharfsinnige Diagnosen ohne brauchbare Therapie für Boulevard und Busch. Oder vielleicht nehmen wir uns auch einfach ein wenig zu wichtig? Homo homini lupus.

**R. Koch, Karl-Huschens-Str. 12,
5653 Leichlingen**

Als eine der größten gegenwärtigen Bedrohungen des Christentums wurde die „okkult-religiöse“ New-Age-Bewegung auf dem Internationalen Bekenntniskongress bezeichnet, der vom 12. bis 16. September 1987 in Zürich stattfand. An der von der Internationalen Konferenz Bekenntender Gemeinschaften veranstalteten Tagung unter Leitung des Tübinger Missionswissenschaftlers Prof. Dr. Peter Beyerhaus und des österreichischen evangelischen Altbischofs Oskar Sakrausky nahmen 170 Repräsentanten theologisch konservativer protestantischer Gruppierungen aus 14 Ländern teil.

„Ein führerloses aber dennoch kraftvolles Netzwerk arbeitet, um in dieser Welt eine radikale Veränderung herbeizuführen“ (Marilyn Ferguson). Das heißt, eine Veränderung des Bewußtseins weg vom christlichen Glauben zu einer neuen Weltordnung, einer neuen Weltregierung und einer neuen Welteinheitsreligion, die sich nicht scheut, bis zur „Weihe an Luzifer“ zu gehen. „Die New-Age-Bewegung sagt eindeutig, daß der Mensch sich selbst erlösen kann, indem er über ein erweitertes Bewußtsein zu sich selbst findet. Im Mittelpunkt der New-Age-Spiritualität steht also der Glaube an den Menschen und der Glaube an die Kräfte, die der Mensch im allesumschließenden Kosmos finden kann. Wenn der Mensch „sein will wie Gott“, dann ist es klar, daß hier der Einstieg für Luzifer ist, den man in der New-Age-Bewegung sogar anbietet. Er spielt eine große Rolle für die von ihr angestrebte Welteinheitsreligion. David Spangler, seit 1970 zweiter Direktor des ersten New-Age-Zentrums, der Findhorn-Foundation in Schottland, schreibt 1978: „Luzifer wirkt in jedem von uns, um uns in einen Zustand der Vollkommenheit hineinzuführen. Wenn wir in ein neues Zeitalter eingehen, das Zeitalter der Vollkommenheit des Menschen, wird jeder von uns auf irgendeine Weise an den Punkt gelangen, den ich als luziferische Initiation bezeichne (Weihe an Luzifer). Dies ist das besondere Eingangstor, das das Individuum durchschreiten muß, um völlig in die Gegenwart seines Lichtes und seiner Vollkommenheit zu gelangen.“ (C. Cumbey, Die sanfte Verführung.) „Luzifer ist der Leitstern der heutigen New-Age-Bewegung“ (M. Basilea Schlink).

Wenn in dem vorliegenden Aufsatz behauptet wird, „Der religiöse Mensch spürt die Einheit aller Religionen, die mystische Substanz, die alle verbindet, ohne daß er alle Unterschiede eineben mag. Doch die mystische Substanz reicht tiefer als die Unterschiede, die teilweise erst durch die Worte hineinkommen...“, so glauben wir als Christen an keine „mystische Substanz“, sondern an den für uns gekreuzigten und auferstandenen Herrn, unseren Erlöser: Jesus Christus, gestern und heute, und derselbe auch in Ewigkeit!

**Irmgard Grimm, Gstaadweg 6,
8990 Lindau/Bodensee**

Wer sich eine Meinung zum Thema „New Age“ bilden möchte, muß sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß unter diesem Sammelbegriff vielfältige Strömungen, Denkmodelle und (religiöse) Weltanschauungen firmieren. Der Beitrag von Christoph Mezger wird diesem Phänomen nicht gerecht, weil

er ein unkritisches Loblied auf das angeblich neue „ganzheitliche“ Paradigma des „New Age“ singt. New Age ist gefährlich, wenn es zur umfassenden Welterklärung und zur Ideologie wird. Dies gilt vor allem dann, wenn diese Ideologie antichristliche Züge annimmt. Hier bleibt der Autor unter der Überschrift „New Age und Christentum“ leider sehr esoterisch-rätselhaft, wenn er von einem „religiösen (und christlichen) Bewußtsein der Einheit aller Religionen“ spricht (S. 11) oder von dem „synthetischen Anspruch des Christentums“. Woher stammen diese Erkenntnisse? Jedenfalls **nicht** aus der Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments und den Bekenntnisschriften der evangelischen Kirche. Jesus Christus kann nicht zu einem New-Age-Guru gemacht werden, sondern er bleibt unbequem intolerant, wenn er sagt: „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich.“ (Joh. 14,6).

Wenn die Theologie sich in einem großen New-Age-Brei von der „Einheit aller Religionen“ auflöst, wird sie ungenießbar. „Evangelische Verantwortung“ in diesem Bereich wahrzunehmen, bedeutet, die Geister am Maßstab des Evangeliums von Jesus Christus zu prüfen. „New Age“ beinhaltet in weiten Teilen die alte Irrlehre der menschlichen Selbsterlösung und ist mit der biblischen Erlösungsbotschaft nicht zu vereinbaren.

**Wolfgang Sickinger, Sunderplatz 5
4330 Mülheim/Ruhr**

Die Veröffentlichung des Artikels „New Age – Das neue Paradigma“ von Christoph Mezger in der „Evangelischen Verantwortung“ vom März 1988 befremdet mich als Theologen und Mitglied der CSU in gleicher Weise. In der Redaktion der „Evangelischen Verantwortung“ (!) sollte es m. E. so viel beim „C“ stehenden theologischen Sachverstand geben, daß in „New Age“ – um es kurz zu sagen – die synkretistischen und gnostischen Komponenten, mit denen sich die Kirche im Lauf ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat, erkannt werden können, man nicht wieder einmal für eine Zersetzung des „C“ durch den Zeitgeist anfällig ist, weil man nicht die Sache des „C“ vertreten, sondern „ankommen“ will und man sich vor Irreführung theologisch nicht vorgebildeter Freunde hütet. Zumindest der auch mit einem „C“ etikettierte Irrweg der sogenannten „Deutschen Christen“ sollte noch nicht vergessen sein.

**Gerhard Hornberger,
Gym.-Prof. i. A. u. Pfr. i. R.,
Benekestr. 19, 8500 Nürnberg 10**

Mit Freude und Genugtuung habe ich in der Märzausgabe der Evangelischen Verantwortung den o. a. Artikel gelesen. Ich bewundere Ihren Mut, denn gegen die sogenannten New Age-Geistesströmungen polemisieren viele Theologen der evangelischen Kirche, und das nicht immer in sachlicher Weise. Ich bin sehr gespannt auf die Reaktionen aus dem Leserkreis, die dieser aus meiner Sicht vorzügliche Artikel entfacht hat.

Johannes Hameyer,
Kaiser-Friedrich-Höhe 53,
5414 Vallendar

Betr. EV 3/88: Auswirkung der Steuerreform auf die Kirchensteuer

Diesen Artikel kann ich nicht widerspruchslos hinnehmen. Seit Jahren ist eine sogenannte kirchenfeindliche Steuerpolitik zu beobachten. Mit der Abkehr von der direkten Steuer und der Zukehr zur indirekten Steuer werden der Kirche immer mehr Einnahmen genommen. Dies könnte den Verantwortlichen egal sein, wenn nicht immer wieder der Kirche von der Öffentlichkeit Aufgaben übertragen werden, die erhebliche Mittel kosten. Ich denke dabei in erster Linie an den diakonischen Bereich. Es hat sich bis in die Leitungsgremien der Städte herumgesprochen, daß die Kirchen viele Arbeiten im sozialen Bereich kostengünstiger ausführen, als es die staatlichen Stellen selbst tun können. Hinzu kommt, daß Kirchen auch erhebliche Eigenmittel in die Bewältigung sozialer Aufgaben hineinstecken, die sich nicht nur aus Kirchensteuermitteln rekrutieren. Von daher müßte es auch Aufgabe des Staates sein, dafür zu sorgen, daß der Kirche die notwendigen Mittel erhalten bleiben.

Der von mir angesprochene Artikel erweckt den Eindruck, als würden der Kirche keine Mittel entzogen, sondern sie würde das gleiche nach der letzten Stufe der Steuerreform bekommen wie bisher. Selbst wenn dies stimmen würde, was von unseren Finanzexperten bestritten wird, so bedeutet es doch, daß keine Mittel zur Verfügung stehen, um wachsende Personalkosten

aufzufangen. Auch der Staat ist nicht in der Lage, bei gleichbleibenden Steuereinnahmen neue Aufgaben zu übernehmen, bzw. alte Aufgaben finanzieren zu können. Von daher ist dieser Artikel irreführend. Ich wünsche mir von unserer staatstragenden Partei, die die christlichen Werte und damit auch die

Unterstützung der Kirche in ihr Parteiprogramm aufgenommen hat, daß sie bei Unternehmungen wie Steuerreform nicht so sehr an ihr Prestige denkt, sondern mehr an das, was ihre Aufgabe ist.

Herbert Kretschmann,
Kirchenverwaltungsdirektor,
Ev. Kirchenkreisverband Düsseldorf

Kurz notiert

Rita Süßmuth appelliert an die Kirchen

Bundesministerin Rita Süßmuth hat die Kirchen dazu aufgerufen, sich stärker als bisher für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern einzusetzen und dazu beizutragen, daß Widerstände gegen die Durchsetzung der Partnerschaft in allen Lebensbereichen überwunden werden. „Das Wichtigste, was die Kirche lernen muß, ist, daß Christus Partnerschaft gewollt hat“, sagte die Ministerin beim 900. „Mittwochgespräch“ in Düsseldorf. Die Veranstaltungsreihe, geleitet von dem Fundamentaltheologen Prof. Dr. Hans Waldenfels will Spiegel der Auseinandersetzung zwischen Christentum und Gesellschaft sein.

Die Ministerin ging in ihren Ausführungen vor allem auf die Situation der Familie, der Alleinstehenden und der älteren Menschen ein.

Frau Süßmuth appellierte an die Verantwortlichen in Kirche und Gesellschaft, auch die Vorbehalte gegen alleinlebende Frauen zu korrigieren. In der Bundesrepublik Deutschland gebe es ca. 10 Mio. alleinstehende Frauen, und ihre Zahl steige stetig, einmal, weil Frauen dieses Lebensmodell bewußt wählen, zum anderen aber auch wegen des gestiegenen Heiratsalters und des höheren Frauenanteils unter den älteren Menschen. Die Phasen des Alleinlebens seien wichtige Stationen in der Lebensbiographie von Frauen und zeigten, daß die Würde der

Frau nicht allein aus ihrer Beziehung zum Mann und ihrer Bedeutung als Mutter herzuleiten sei.

Dankbarkeit und Anerkennung – so die Ministerin – schulde die Gesellschaft den älteren Menschen, auf deren Erfahrungen die Jüngeren nicht verzichten könnten. Sie hob die Leistungen hervor, die noch aktive ältere Menschen im erweiterten Familienkreis oder in zahlreichen gesellschaftlichen Einrichtungen erbringen.

Mehr Prophylaxe in der Drogenbekämpfung

Die dramatische Entwicklung in der Drogenszene muß gestoppt werden. Über 450 Drogentote im vergangenen Jahr fordern verstärkte Aktivitäten, neben einem intensiveren Kampf gegen die Drogenkriminalität und dem Einsatz zusätzlicher Kräfte bei der Fahndung muß ein besonderes Gewicht auf vorbeugende Maßnahmen gelegt werden.

Die Junge Union fordert ein Aufklärungs- und Öffentlichkeitsprogramm für Jugendliche. Diesem Bereich muß ein wesentlich höherer Stellenwert als bisher zukommen. Dabei gilt es vor allem, eine selbstkritische und ablehnende Haltung insbesondere von jungen Menschen zu Drogen und Rauschmitteln zu festigen und andere Wege und Lebensformen aufzuzeigen.

Vorbeugung bezieht sich nicht allein auf Drogen und Rauschmittel im engeren Sinne, sondern schließt ebenso Lebensbedingungen, Umweltfaktoren und Bedürfnisse der angesprochenen Zielgruppe ein.